



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 105, September 2017

Die Zellerauer SPD vor Ort

Freitag, 15. September 2017

Begehung Kläranlage – Aktueller Stand der Sanierung

16.00 Uhr Treffpunkt am Eingang des Entwässerungsbetriebs, Mainastr. 54
(StraBa-Haltestelle Bürgerbräu)
mit **Helmut Janda**, Bauleiter

Programmkinos Central im Bürgerbräu – Geschichte und Konzept

17.30 Uhr Treffpunkt am Eingang des Kinos an der Frankfurter Straße 87
mit **Heidrun Podszus**, Kinogeschäftsführung und Programm

sowie

Georg Rosenthal, MdL

Volkmar Halbleib, Kreisrat und MdL aus Ochsenfurt

und Ihrer Stadträtin **Gisela Pfannes**

18.30 Uhr Gemütlicher Ausklang in der Gaststätte „Zur Zeller Au“, Wredestraße 23

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen.

Es geht Voran!



Grünanlage zwischen Mainastraße und Mainwiesen
Bild: SPD Zellerau

Mit dem zweiten Abschnitt der Grünen Achse wurde ein weiterer Baustein des Programms „Soziale Stadt Zellerau“ fertig gestellt. Die Grünanlage von der Mainastraße neben Himmelspforten zu den Mainwiesen schließt sich an die Parkanlage von der Weißenburgstraße entlang des Moscheewegs zur Mainastraße an.

Das Kultur- und Kreativzentrum auf dem Bürgerbräu-Gelände wächst und entwickelt sich. Neben Geschäften, Kultur und Gastronomie hat sich auch das Programmkinos Central sehr gut eingefügt. Als nächster Schritt wird der Biergarten im Innenhof fertiggestellt.

Die Sanierung der Kläranlage schreitet voran. Ein weiteres Teilstück der Mainastraße ist erneuert.

Das „alte“ Nautiland-Bad ist mittlerweile fast vollständig abgerissen. Die Arbeiten liegen im Zeitplan. Das „neue“ Nauti soll im 2. Quartal 2019 fertig sein.

Im April 2017 wurde der Grundstein für den Neubau der Umweltstation der Stadt Würzburg an der Bastion am Zeller Tor gelegt, direkt hinter dem jetzigen Gebäude. Dafür hatte sich die SPD eingesetzt. Die Fertigstellung ist zur Landesgartenschau 2018 in Würzburg geplant.

Förderung für Sportvereine

Der Landtag hat die Vereinspauschale für Sport- und Schützenvereine um gerade einmal 0,8 Cent pro Mitgliedereinheit auf 27,8 Cent erhöht. Je mehr jüngere Mitglieder ein Verein hat und je mehr Übungsleiterlizenzen die Mitglieder haben, umso höher fällt der Förderbetrag aus. Die letzte Erhöhung ist fünf Jahre her.

Die SPD setzte sich für eine Erhöhung um über 10% auf 30 Cent ein, wie ihn die Spitzenverbände des Sports schon lange fordern. Die CSU-Mehrheit im Landtag lehnte dies ab. ■

Wir gratulieren!

Im 2. und 3. Quartal 2017 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Volker Reinhardt – 60 Jahre

Gerd Eickelpasch – 65 Jahre

Paul Fehrer – 65 Jahre

Renate Boutter – 70 Jahre

Manfred May – 70 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!



Nachgefragt:

Wie viel Würzburg gibt es im neuen Museum für Franken?

Diskussion am 12. 5. 2017 auf dem Bürgerbräugelände



Dr. Erich Schneider und Georg Rosenthal in reger Diskussion mit dem Publikum. Bild: SPD Zellerau

„Die Würzburgerinnen und Würzburger sollen mitbestimmen, wie es mit ihrer Festung Marienberg weitergeht“ forderte Georg Rosenthal, MdL, am Ende der gut zweistündigen Bürgerdiskussion, an der neben Rosenthal auch Dr. Erich Schneider, Direktor des Museums für Franken, und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger teilnahmen.

Im Rückblick:

41. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD am 1. 3. 2017 im Mennas Time Out

Unter dem Titel „Rente – gerecht und bezahlbar“ diskutierte das Publikum sehr rege mit Bundestagskandidatin Eva-Maria Linsnbreder über die rentenpolitischen Herausforderungen der Zukunft und die Vorschläge der SPD.

Eva-Maria Linsnbreder, Bürgermeisterin von Kleinrinderfeld und langjährige Kreis- und Bezirksrätin, stellte auch ihre Positionen zu weiteren Themen vor, die sie mit ihrer kom-

Seit Jahresbeginn ist der Freistaat Bayern Träger des ehemaligen Mainfränkischen Museums. Jetzt heißt es Museum für Franken. Bis Mitte der 2020er Jahre wird es zu einem Landesmuseum für die gesamte Region Franken ausgebaut. Wird Würzburg dort in Zukunft angemessen und ausreichend dargestellt? Museumsdirektor Schneider arbeitet gerade an dem zukünftigen Konzept des Museums und sicherte die angepeilten 10–15 % Würzburger Geschichte zu.

Im Zuge der geplanten Generalsanierung der Festung Marienberg sollen Festung und Museum besucherfreundlicher werden. Museumsdirektor Schneider hat dafür schon einige Ideen, die auch eine bessere Zugänglichkeit beinhalten. ■



Gemütlicher Ausklang im Mennas Time Out. Bild: SPD Zellerau
munal- und sozialpolitischen Erfahrung im nächsten Deutschen Bundestag vertreten will. Dass sie eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung konsequent ablehnt, stieß im Publikum auf große Zustimmung. ■

Gesagt. Getan. Gerecht.

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner

Die SPD war in den letzten vier Jahren der Motor der Großen Koalition, die treibende Kraft für Fortschritt und Gerechtigkeit.

Die SPD hat viel erreicht:

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes 2015, ab 2017 ohne Abweichungen. Die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Abschaffung der unsozialen Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die vorzeitige abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren.

Die Erhöhung des Kindergeldes, des steuerlichen Kinderfreibetrages, des Kinderzuschlages und des steuerlichen Freibetrages für Alleinerziehende. Das ElterngeldPlus und eine flexiblere Elternzeit. Die Familienpflegezeit und das Pflegeunterstützungsgeld. Die Erhöhung von BAföG und Meister-BAföG.

Eine erhebliche Aufstockung der Mittel für sozialen Wohnungsbau, für Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“. Die Mietpreisbremse und die Erhöhung des Wohngeldes.

Im Juli 2017 sind noch drei weitere Gesetze in Kraft getreten, die die SPD gefordert hatte:

Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss. Hier springt der Staat ein, wenn Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils ganz oder teilweise ausbleiben. Das hilft Al-

leinerziehenden und stärkt die Kinder, die von einer Trennung der Eltern betroffen sind.

Mehr Lohngerechtigkeit. Noch immer bekommen Frauen im Durchschnitt 21% weniger Lohn als Männer. In Betrieben ab 200 Beschäftigten gibt es künftig einen Auskunftsanspruch für Beschäftigte bezüglich der Entlohnung gleicher oder gleichwertiger Jobs im Betrieb.

Bekämpfung der Steuerumgehung. Durch erhöhte Transparenz, erweiterte Mitwirkungspflichten der Steuerpflichtigen und Dritter, insbesondere der Banken, sowie neue Ermittlungsbefugnisse der Finanzbehörden können Domizilgesellschaften (sog. Briefkastenfirmen) wirksamer ermittelt werden.

„Kleines Rentenpaket“

Am 1. Juni 2017 hat der Bundestag mit dem „kleinen Rentenpaket“ weitere Verbesserungen beschlossen. Das hat die SPD noch in der Großen Koalition durchgesetzt.

Ab 2025 werden die Renten in Ost- und Westdeutschland gleich berechnet. Das ist sozial gerecht, entspricht dem Wunsch der Bevölkerung und stärkt den Zusammenhalt im Land. Die Umsetzung erfolgt in 7 Schritten ab 1. Juli 2018 jeweils mit der jährlichen Rentenanpassung. Ab 1. Juli 2024 gilt ein gesamtdeutscher Rentenwert. Ab 1. Januar 2025 sind Beitragsbemessungsgrenze und Bezugsgröße einheitlich.

Zum zweiten Mal nach 2014 in dieser Legislaturperiode wird die Erwerbsminderungsrente durch die schrittweise Anhebung der sog. Zurechnungszeit ab 2018 verbessert. Krankheit oder Unfall sollen nicht arm machen.

Die betriebliche Altersversorgung wird gestärkt damit Betriebsrenten für mehr Beschäftigte möglich werden, gerade für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Beschäftigte mit niedrigem Einkommen.

Mehr war mit CDU und CSU nicht machbar. Die SPD hat ihr Renten-Konzept vorgelegt. Jetzt müssen die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

Das SPD-Konzept für eine gerechte und bezahlbare Rente

Das Rentenniveau bleibt bis 2030 bei mindestens 48 %, das Beitragsniveau bei maximal 22 %.

Ein Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente garantiert allen, die lange gearbeitet aber wenig verdient haben, dass sie mehr bekommen als diejenigen, die nie eingezahlt haben. Es bleibt bei der Rente mit 67, kein weiteres Anheben des Renteneintrittsalters.

Zeit für gerechte Steuern Nachhaltig kalkuliert, ohne neue Schulden

Die SPD will Beschäftigte mit mittleren und geringen Einkommen entlasten, das Hauptaugenmerk liegt auf Familien und Alleinerziehenden.

Dies soll durch eine schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren, ein Familiengeld, die Gebührenfreiheit von Bildung und ein erweitertes Kindergeld erreicht werden.

Die Einkommensteuer soll gerechter werden durch die Einführung eines Familientarifs mit Kinderbonus, das Einsetzen des Spitzensteuersatzes von 42 % erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 € (anstelle 54 000 € bisher), einer linear-progressiven Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 % ab 76 200 € und einer Reichensteuer von 3 % fix ab 250 000 € (Einkommen jeweils für Singles, für Ehepaare doppelte Einkommensbeträge).

Der Solidaritätszuschlag soll ab 2020 für untere und mittlere Einkommen abgeschafft werden. Dauerhaft soll der restliche „Soli“ stufenweise abgeschmolzen werden. Die Einkommen aus Arbeit und Kapital sollen durch die Abschaffung der Abgeltungssteuer wieder gleich besteuert werden. Auf Finanzprodukte soll eine Umsatzsteuer, die sog. Finanztransaktionssteuer, erhoben werden. ■

*Es ist Zeit
für mehr Gerechtigkeit:*

Zukunft sichern, Europa stärken

Das SPD-Regierungsprogramm 2017 bis 2021

www.spd.de/programm

www.martinschulz.de

Deshalb am 24. September SPD wählen!

Vor 40 Jahren: Ein historischer Schritt zur Gleichberechtigung der Frau

Am 11. Dezember 1975 beschloss der Deutsche Bundestag in Bonn mit der Mehrheit der SPD-FDP-Koalition und gegen die Stimmen von CDU und CSU ein neues Scheidungsrecht, das Frauen nach Ende der Ehe Unterhalt sichert. Ein historischer Schritt zur Gleichberechtigung der Frau. Maßgeblich durchgesetzt haben ihn Sozialdemokratinnen. Damit erfüllte die SPD eine bereits in der Weimarer Republik gestellte Forderung.

Das neue Zerrüttungsprinzip stellte das Scheidungsrecht auf eine objektive Grundlage, die den neu eingeführten Familienrichtern klare Entscheidungen ermöglichte. Die Ehe wird geschieden, wenn die eheliche Gemeinschaft objektiv zerbrochen ist und ihre Wiederherstellung nicht erwartet werden kann.

Eine einseitige Lösung der Ehe ist seither ebenfalls möglich, eine Zustimmung des Ehepartners ist nicht mehr nötig. Der neue Versorgungsausgleich und der Unterhaltsanspruch stellten sicher, dass die Frauen gerecht versorgt werden. Scheidungen sind nicht mehr an finanzielle Bedingungen geknüpft.

Bis zum Inkrafttreten der Reform dauerte es noch anderthalb Jahre. Denn der Bundesrat rief mit Unionsmehrheit den Vermittlungsausschuss an. Das Gesetz trat am 1. Juli 1977 in Kraft. Die Schuldfrage in der Ehe ist seither Geschichte. ■

Nachhaltiger Erfolg der Energiewende

Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde mit Geltung ab 2017 der Rahmen für einen verlässlichen, planbaren Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen: über die Ermittlung der Einspeisevergütung durch wettbewerbliche Ausschreibungen und dadurch, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien Hand in Hand mit dem Ausbau der Stromnetze geht.

Diesen weiteren Schritt für eine erfolgreiche Energiewende konnte die SPD in der Regierung gegen Widerstände von CDU und CSU durchsetzen. Zusätzlich hat die SPD eine Besserstellung von Bürgerenergiegesellschaften durchgesetzt.

Des Weiteren werden mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende ab 2017 nun in einem ersten Schritt bei Großverbrauchern und großen Erzeugern digitale Stromzähler („smart meter“) eingeführt, die innerhalb eines intelligenten Stromnetzes kommunizieren können.

Das EEG ist eine Erfolgsgeschichte. 2000 hat die rot-grüne Koalition das Gesetz mit dem Ziel beschlossen, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu erhöhen und Technologien wie Windkraft und Photovoltaik an den Markt heranzuführen, mit einer garantierten Strom-Abnahme zu festen Preisen und Vorfahrt für Ökostrom bei der Einspeisung ins Stromnetz.

Diese Phase wird jetzt schrittweise beendet. ■

Sozialer Wohnungsbau – nicht in Bayern?

Georg Rosenthal, MdL und ehemaliger Oberbürgermeister, fordert eine weitere Aufstockung der Mittel für sozialen Wohnungsbau um der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in den städtischen Ballungsräumen in Bayern entgegen zu wirken.

Die CSU-Staatsregierung setzt die erhöhten Fördermittel des Bundes, die die SPD in Berlin durchgesetzt hatte, in Bayern nicht um, sie halbierte dafür die entsprechenden Landesmittel zur Wohnraumförderung von 159 Mio. in 2016 auf 87 Mio. in 2017. Und: Die Mietpreislösung hat sie nach nunmehr zwei Jahren in Bayern immer noch nicht rechtssicher umgesetzt.

Das Staatsarchiv muss in Würzburg bleiben

Die SPD begrüßt die Generalsanierung der Festung. Dafür ist ein Umzug der Räume des Staatsarchivs nötig. Ein Zusammenlegen mit dem Teil des Staatsarchivs, der bislang in der Residenz untergebracht ist, ist sinnvoll.

Aber: Das Staatsarchiv muss in Würzburg bleiben. Es ist das kulturelle Gedächtnis unserer Stadt und ihrer mehr als 1000jährigen Geschichte. Es ist ein wissenschaftliches Archiv, das dort hingehört, wo geforscht wird, im Verbund mit städtischem, Diözesan- und Universitätsarchiv.

Es ist skandalös, dass sich weder OB Schuchardt noch die Würzburger CSU und ihre Abgeordneten gegen die unsinnige Entscheidung der Staatsregierung, das Staatsarchiv nach Kitzingen zu verlegen, gestellt haben.

Übrigens

Die Zellerauer SPD fordert weiterhin den Erhalt des „Dencklerblocks“ und sieht hier auch die öffentliche Hand gefordert!

Endlich: Ehe für alle

Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts beschlossen. Neben SPD, Grünen und Linken stimmten auch 75 Unionsabgeordnete für das Gesetz.

Mit der Ehe für alle wird vielen etwas gegeben, aber niemandem etwas genommen.

Union verhindert Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit

Die SPD-Forderung für ein gesetzliches Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit, das ein wichtiger Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wäre, ist in der Großen Koalition am Widerstand von CDU und CSU gescheitert. Die SPD bleibt dran! ■

Im Mai 2017 verstarb unsere langjährige Genossin

Agustina Petsch

im Alter von 55 Jahren

Agustina Petsch war eine überzeugte Anhängerin von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Buchtip



Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Abteilung Grundsatzfragen des Sozialstaats, der Arbeitswelt und der sozialen Marktwirtschaft (Hrsg.)

Weißbuch Arbeiten 4.0
Arbeit weiter denken

Unter dem Titel „Arbeiten 4.0“ hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Fragen zur Arbeit von morgen in einem Grünbuch aufgeworfen und in einem breiten gesellschaftlichen Dialog diskutiert. Mit den

Sozialpartnern, mit Verbänden, Unternehmen und Wissenschaft. Mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Mit dem Weißbuch fasst das BMAS seine Schlussfolgerungen aus dem Dialog zusammen. Damit soll die breite gesellschaftliche Debatte dokumentiert und innerhalb der Bundesregierung sowie darüber hinaus ein Impuls zur gesellschaftlichen Gestaltung der Zukunft der Arbeit gesetzt werden.

Kostenlos als PDF-Download:
www.arbeitenviennull.de
www.bmas.de

Die PKW-Maut Die PKW-Maut ist von der CSU gewollt und durchgesetzt worden. Die SPD lehnt sie ab. Bedingung der SPD in der Großen Koalition war, dass sie zu keiner Mehrbelastung für deutsche Autofahrer führen darf.

Ob sie tatsächlich eingeführt wird, können Sie bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 mit Ihrer Stimme entscheiden.

„Mein Vater war Maurer und ist mit 73 Jahren gestorben. Wenn mir da einer mit Arbeiten bis 70 kommt, werde ich sauer.“

Andrea Nahles,
Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Unser Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal

buergerbuero@georg-rosenthal.de
www.georg-rosenthal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46
97070 Würzburg
☎ 99 11 01 61

Unser Europaabgeordnete Kerstin Westphal

augustin@kerstin-westphal.de
www.kerstin-westphal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 45 25 31 28



Unsere Stadträtin Gisela Pfannes

Sprechstunden
jeden Samstag
von 9–10 Uhr,
unter ☎ 41 57 52

Impressum: SPD Zellerau, www.spd-zellerau.de
Vi.S.d.P. Klaus Friedrich

Weißenburgstraße 3
97082 Würzburg

Satz: Elstersatz, Wildflecken
Druck: bonitasprint, Würzburg
Auflage: 9300